

Sächsischer Landes-Anzeiger.

Verbreitetes unparteiisches tägliches Lokalblatt.

Die Hauptblätter des „Sächs. Landes-Anzeigers“ erscheinen (ohne dessen Extra-Beiblätter) auch in einer billigeren Sonder-Ausgabe als: **„Chemnitzer General-Anzeiger“**

für Chemnitz monatlich 40 Pfg., frei ins Haus; außerhalb Chemnitz monatlich 50 Pfg. mit Postzinsen. Postzeitungspreisliste für 1890: Nr. 1307.

Die am jedem Wochentag Abend (mit dem Datum des folgenden Tages) zur Besorgung gelangende unparteiische Zeitung „Sächsischer Landes-Anzeiger“ mit täglich einem Extra-Beiblatt:

1. Kleine Postkassette
2. Sächsischer Erzähler
3. Sächsische Gerichtszeitung
4. Sächsisches Aleret
5. Illust. Unterhaltungsblatt
6. Sonntagsblatt
7. Lustiges Bilderbuch

Setzt bei den Ausgabestellen monatlich 70 Pfg., bei den Post-Anstalten 75 Pfg.

Der Sächs. Landes-Anzeiger ist eingetragen L. N. 1890er Post-Zig.-Verzeichn. Nr. 5276.

Hierherkommen erscheint jährlich im Jahre 1890. Kalender des Sächsischen Landboten. Illust. Weihnachtsbuch (Jahresbuch).

Verlags-Anstalt:
Alexander Wiede
Chemnitz, Theaterstraße Nr. 5.
Fernsprech-Kabine Nr. 136.
Telegr.-Adr.: Landes-Anzeiger, Chemnitz.

Anzeigenpreis: Raum einer kleinen Corpusspalt 15 Pfg. — Besondere Stelle (Hauptspalte) 30 Pfg. — Bei Wiederholung großer Anzeigen Preisermäßigung. — Bei Bestellungen von Anzeigen wolle man den Einzahlungsbetrag (in Reichsmark) beifügen (je 8 Silben Corpusspalt bilden ca. 1 Zeile). — Anzeigen können nur bis Donnerstag angenommen werden, da Druck und Vorbereitung der großen Auflage längere Zeit erfordern. — Die Anzeigen haben ohne Freikaufschlag gleichzeitig Verbreitung durch den „Chemnitzer General-Anzeiger“ (billigere Sonder-Ausgabe der Hauptblätter des „Sächsischen Landes-Anzeigers“ ohne dessen tägliche Extra-Beiblätter).

Drahtnachrichten unseres Anzeigers.

Vom 17. Februar.

Öffen. Gestern fanden in der hiesigen Gegend überall zahlreiche Bergarbeiter-Versammlungen statt. Es wurde beschlossen, die Verbandsforderungen aufrecht zu erhalten und theilweise noch zu erweitern. Unter den hiesigen Bergarbeitern traten, hinsichtlich der bevorstehenden Reichstagswahl, mehrfache Spaltungen ein.

Rumc. Der Zustand Andraffy's hat sich bedeutend verschlimmert. Seine Kräfte nehmen in gefährlicher Weise ab. Es ist allem Anschein nach das Schlimmste zu befürchten.

Paris. Die Redungen über den angeblich von der socialdemokratischen Arbeiterkassette zu Barcelona gefassten Beschluß, einen allgemeinen Streik in's Leben zu rufen, ist völlig unbegründet.

London. Hier wird demnächst eine große Expedition ausgerüstet, die den Zweck verfolgt, Dahomey dem großbritannischen afrikanischen Colonialgebiete einzuverleiben.

Politische Rundschau.

Chemnitz, 17. Februar.

Deutsches Reich. Wenn zwischen dem Kaiser und Reichskanzler über den Umfang der Arbeiterrechtsbestimmungen Meinungsverschiedenheiten bestanden haben, so sind sie vor der Hand ausgeglichen. Das ist die allgemeine Annahme, welche aus der kaiserlichen Ansprache bei der Eröffnung des preussischen Staatsrathes geschöpft wird. Der Kaiser hebt darin mit besonderem Nachdruck wiederholt hervor, daß bei dem Erlass der Bestimmungen auch darauf zu achten sei, daß die Industrie nicht geschädigt oder zu schwer belastet werde, und diese Worte werden allgemein als ein Entgegenkommen an den Standpunkt, welchen der Reichskanzler im Parlament oft vertreten hat, aufgefaßt. Somit bildet die Rede ja nur eine Umschreibung der bekannten socialpolitischen Grundsätze, die allgemeine Zustimmung gefunden haben.

Die dem preussischen Staatsrath zugegangenen Arbeiterschutzvorlagen sollen vorläufig geheim gehalten werden. Dieselben bilden nicht einen Gesetzentwurf, sondern stellen nur bestimmte Grundzüge an, welche der Staatsrath begutachten soll. Uebrigens wird zu der Eröffnungsrede des Staatsrathes noch mitgetheilt, daß nach Vereinbarung der Ansprache des Kaisers der Reichskanzler sagte: „Der Staatsrath wird sofort dem Befehle Ew. Majestät entsprechen, in seinen Abtheilungen zusammenzutreten und vom Ergebnisse der Beratungen Meldung machen. Ich bitte Ew. Majestät nach dem Schluß der Sitzung um die kaiserliche Genehmigung der Vorstellung der Mitglieder des Staatsrathes.“

Die Ernennung der commandirenden Generale für die beiden neu organisierten deutschen Armee-corps ist im Laufe dieser Woche zu erwarten. Zum Commandeur eines dieser beiden Armee-corps soll der Oberquartiermeister Generalleutnant Graf von Häfeler ernannt werden, der als einer der fähigsten und thätigsten deutschen Generale gilt. Graf Häfeler ist seit dem September 1886 Generalleutnant.

Freiherr von Hammerstein, der Reichstagscandidat für Bielefeld, hat der „Frankf. Ztg.“ die folgende Erklärung zugehen lassen: „In Nr. 43 der „Frankfurter Zeitung“ findet sich die angeblich der „Mittleren Zeitung“ entnommene Nachricht, ich hätte die Absicht geäußert, im Falle meiner Wahl zum Reichstage, mit dem rechten Flügel aus der deutsch-conservativen Fraction auszuscheiden und mit den reactionären Elementen des Centrums eine neue Partei zu bilden.“ Diese Nachricht ist durchaus unrichtig. Freiherr v. Hammerstein. Hingegen hat sich in Mecklenburg eine deutsch-mecklenburgische Rechtspartei gebildet, welche die Anschauungen der Herren Stöcker und von Hammerstein vertritt.

Durch Cabinetsordre hat der Kaiser die Einführung von neuen Cavallerie-Sätteln genehmigt. Eine weitere Order bestimmt die Einführung des leichteren Beiles des tragbaren Schanzzeuges, wie solches die Infanterie führt, bei der Cavallerie nach Maßgabe der verfügbaren Mittel.

Wie die „Frankf. Ztg.“ mittheilt, ist die Nachricht, es solle auf ein neues Socialistengesetz Verzicht geleistet und statt dessen der Kampf gegen die Socialdemokratie auf dem Boden des gemeinen Rechtes geführt werden, unbegründet. Dem neuen Reichstage wird bestimmt ein neues Socialistengesetz zur Genehmigung unterbreitet werden.

Auch für die Arbeiter in den Militärwerkstätten soll in ausgiebiger Weise gesorgt werden. Der Kriegsminister von Verdy du Sernois traf am Sonnabend aus Berlin in Spandau ein und empfing im Speisesaal der Munitionsfabrik die Arbeiterdeputationen der königlichen Fabriken. Es hatten die Artilleriewerkstatt, die Geschützfabrik, die Gewehrfabrik, die Pulverfabrik, das Feuerwerkslaboratorium je vier Deputierte entsandt. Die Munitionsfabrik, in welcher zum größten Theile unverschleierte Arbeiterinnen beschäftigt sind, war nicht vertreten. Die Audienz dauerte etwa anderthalb Stunden. Hauptgegenstand der Besprechungen waren die schlechten Wohnungsverhältnisse in Spandau, der Mangel an Arbeiterwohnungen, die theuren Mieten u. Umstände, welche die Militärverwaltung veranlassen, vom Staatswegen für gesunde, billige Arbeiterwohnungen zu sorgen. Der Kriegsminister erkundigte sich sehr eingehend über die einschlägigen Verhältnisse. Der Audienz wohnten auch die Subdirectoren der in Betracht kommenden Institute bei.

Der Vorstand des böhmisches Vereins für Rheinfland und Westfalen hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Verwaltungen der Bremer Bechen und der Beche „Cleyer“ die Ablehnung der neuen Forderungen ihrer Bergleute zu empfehlen. Zugleich wurde ein Statut für den neugegründeten Auslandsversicherungsvorband festgesetzt, der über einen Fond von 1200 Mark verfügt. Hiernach haben die Bechen in Streikfällen einen Anspruch auf Schadenersatz aus dem Fond, wenn von dem Verbandsvorstande die Rechtsmäßig-

keit des Widerstandes gegen die Forderungen der Bergleute anerkannt wird, und die Zahl der Streikenden ein Drittel der Gesamtzahl der Arbeiter einer Beche übersteigt. Für jede Tonne Produktionsausfall erhält die Beche 1 1/2 Mark. Die Verwaltungen rüsten sich also energisch, um einem etwaigen neuen Bergmannsstreik von vornherein dauernden Widerstand entgegenzusetzen zu können.

In Reg war die Herausgabe des bereits gedruckten Haftenscheinbriefes des dortigen Bischofs polizeilich verhindert worden, weil das Schriftstück der Behörde nicht zuvor unterbreitet war. Nach Erfüllung dieser Formalität wurde die Ausgabe sofort gestattet.

In den nächsten Tagen, spätestens am 23. dieses Monats, gehen unter Führung des Premier-Deputierten Scherner, der Deputant von dem Knebel, der Wittensarzt Dr. Buschhoff, 15 Unteroffiziere und 8 Bajonettgehilfen zur Schutztruppe des Majors Wisnmann nach Bangbar ab. Der Transport geht vorläufig nur bis Saaz, wo sich ihm 600 Subanen für die Schutztruppe anschließen werden.

Oesterreich-Ungarn. Die Blätter besprechen vielfach die Ansprache Kaiser Wilhelm's bei der Eröffnung des preussischen Staatsrathes. Das „Freundblatt“, ein halbamtliches Organ schreibt, ohne Uebertreibung könne man sagen, daß die ganze Welt mit ungeheurer Aufmerksamkeit der kaiserlichen Worte harcte. Das energische, von umfassendem Wille geleitete Auftreten des deutschen Kaisers in der Arbeiterfrage wird ohne Zweifel nicht bloß von der größten Bedeutung sein für die materielle und moralische Lage der Arbeiter, es wird auch eine belaugreiche Rückwirkung auf das gesamte politische Leben Deutschlands äußern. Die „Presse“ schreibt, die Ansprache des Kaisers entsprache im vollsten Maße den durch die socialpolitischen Erfolge in ganz Europa rege gemachten hohen Erwartungen. Hoher, sittlicher Ernst, überzeugende, redliche Entschlossenheit, rein menschliches Wohlwollen und Alles erwidrende Klugheit und Vorlicht treten vereint und imponierend aus diesem in correctester Form gefassten Staatsacte hervor. Das „Neue Wiener Tagblatt“ hebt hervor, der Kaiser führe eine Sprache, die von gewissenhafter Rücksicht auf die bestehenden Staatsverrichtungen und von dem vollen Bewußtsein der Verantwortung zeugt, die der Kaiser für das Wohlbefinden von Bestrebungen übernommen habe, welche eine neue gesellschaftliche Ordnung anbahnen sollten. Die „Deutsche Zeitung“ schreibt, in Worten voll hohen Schwunges, voll Wärme und eblen, herzlichster Empfindung habe der Kaiser die Aufgaben des Staatsrathes in seiner Ansprache entwickelt.

Italien. Römische Blätter melden, General Ras Alala, der Führer der Gegner des Königs Menelik von Abessinien, der kürzlich von dem abessinischen Heere total geschlagen und selbst im Kampfe schwer verwundet war, sei an den erlittenen Verletzungen gestorben. Damit löste der Regus Menelik seinen Thron als ausüblich geachtet betrachten.

Frankreich. Wie verlautet soll die Regierung infolge der in den letzten Tagen stattgefundenen Demonstrationen entschlossen sein, den jungen Herzog von Orleans so lange hinter Schloß und Riegel zu halten, bis die ganze Angelegenheit in Vergessenheit gerathen sei. Dann wird der Herzog geräuhlich über die Grenze gebracht werden. Der Prinz befindet sich in seinem Pariser Gefängnis sorgfältig recht wohl. Nur ist ihm verboten, den Besuch von Personen zu empfangen, welche sich an Demonstrationen zu seinen Gunsten betheiligen haben. Die Regierung will beweisen, daß alle in den letzten Tagen vorgekommenen unvorsichtigen Manifestationen von einem Comité geleitet wurden. Am Freitag wurde eine große, aus England kommende Sendung mit Photographien angehalten, worauf der Herzog von Orleans in französischer Uniform, in der Hand die mit dem gallischen Hahn geklebte Tricolor vor sich hielt, dargestellt ist. Sonnabend zog ein Trupp Rekruten unter dem Fenster des Herzogs vorbei. „Es lebe der Herzog von Orleans! Es lebe der erste Keiser Frankreichs! Es lebe die Freiheit!“ rufen. Die Wachen wurden sofort arreirt, sie sollen in eine algerische Strafcompagnie gesteckt werden. — Das „Echo de Paris“ theilt mit, daß in Folge der Organisation eines neuen deutschen Armee-corps in den Reichslanden, auch die französischen Garnisonen an der Grenze erheblich verstärkt werden würden. — Das „Memorial Diplomatique“ äußert bezüglich der Einladung zur socialpolitischen Konferenz in Berlin, die französische Regierung wolle, bevor sie eine Entscheidung treffe, noch abwarten, ob die Schweiz ihre Einladung für die Berner Konferenz aufrecht erhalte. Ferner glaube die französische Regierung mit den übrigen zur Konferenz eingeladenen Cabinetten einen Meinungsaustrausch über die zu formulierenden Reformen und etwa erwünschte Abänderungen des Conferenzprogrammes vorzunehmen zu sollen. Es wäre also voreilig, zu behaupten, Frankreich werde die Einladung Deutschlands zur Arbeiterconferenz ablehnen. — Dem „Figaro“ zufolge hat sich Marschall Mac Mahon bei dem Marquis Beauvoir eingeschrieben, um den Herzog von Orleans zu seiner Haltung zu beglückwünschen.

Rußland. In Petersburg fand dieser Tage in Gegenwart des Kaiserpaars, sowie der Mitglieder der kaiserlichen Familie die Trauung des Herzogs Georg v. Mecklenburg-Strelitz, Sohn einer russischen Prinzessin, mit Fraulein Wanjacski statt, welcher der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz den Titel einer Gräfin von Carlow verliehen hat. Der Zar machte dem jungen Ehepaar ein namhaftes Geschenk.

England. Die gesammten englischen Bergarbeiter treten jetzt ebenfalls in eine neue Lohnbewegung ein. In einer Versammlung von Vertretern aller Bergreviere ist beschlossen worden, eine allgemeine Lohnerhöhung von 10 Procent zum 15. März zu verlangen.

Portugal. In Lissabon hat die Polizei bei zahlreichen Studenten Handfesseln gefaßt und viele Papiere beschlagnahmt, aus denen hervorgeht, daß eine republikanische Schülerbewegung geplant war. Mehrere Studenten sind als Rädelsführer in Haft. Die akademische Nationalliga ist aufgelöst worden. Die Regierung beabsichtigt die Befreiung einer revolutionären Umwälzung als befehligt, will aber Alles thun, um die breite Masse der Bevölkerung durch zeitgemäße Reformen und Wohlthätigkeitsgesetze an das Königthum zu fesseln.

Orient. Es stellt sich immer deutlicher heraus, daß die Kämpfe über den Umfang der Panika-Verschmäuerung sehr übertrieben

waren. Von den verhafteten russischen Unterthanen haben mehrere wieder entlassen werden müssen, weil keine Beweise für ihre Schuld beizubringen waren. Es ist leicht möglich, daß auch Major Panika selbst wegen ungenügender Beweise über den Fürsten Ferdinand und seine Regierung einfach aus der Armeer eintreten und einer längeren Freiheitsstrafe bedacht wird. — Aus Anlaß der fortwährenden Agitation in Athen, welche eine Einmischung in die griechischen Verhältnisse verlangt, hat die türkische Regierung die vertrauliche Botung nach der griechischen Hauptstadt gelangen lassen, sich zu gegenwärtigen, welches die Folgen einer solchen Handlungsweise sein würden. Die Türkei werde jeden Angriff auf ihr Gebiet mit der mächtigsten Energie abwehren.

Afrika. Nach ausführlichen Mittheilungen aus Janjibar wird dort berichtet, der Sultan Said Khalifa sei auf seinem Landgute am Sonnabend gestorben. Die Angabe findet aber so gut wie gar keinen Glauben, man nimmt im Gegentheil ganz allgemein an, die deutschfeindliche Araberpartei habe ihn vergiftet, weil der Sultan in der letzten Zeit den Deutschen sehr weit entgegen gekommen war. Said starb am Donnerstag Nachmittag 1 Uhr, wovon sein jüngerer Bruder Ali sofort telephonisch benachrichtigt wurde. Alsbald traten die vornehmsten Araber zusammen und wählten Ali zum Sultan. Um 5 Uhr Nachmittags fand die feierliche Proclamation des neuen Herrschers unter dem Donner der Geschütze statt. Die Stadt blieb völlig ruhig, doch richteten zur größeren Sicherheit der in Janjibar lebenden Europäer die im Hafen liegenden Kriegsschiffe ihre Geschütze auf die Stadt. Sultan Ali, welcher bereits die Glückwünsche der fremden Vertreter entgegengenommen hat, ist heute 48 Jahre alt. Er hat bisher am Hofe seines Bruders gelebt, an den Repräsentationspflichten theilgenommen und mit einer Reihe vornehmer Araber zu dem engeren Rathe des Sultans gehört. Er gilt für leidlich begabt, hat aber von seinen politischen Neigungen bisher nichts verrathen.

Sächsisches.

— **Schedewitz.** Wie alljährlich um diese Zeit, hat auch dieses Jahr wieder die Firma Petrikowsky & Co. in Schedewitz allen ihren wenigstens 12 Monate im Abhausement beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen in so fern ein Geschenk gemacht, als sie denselben bei Auszahlung des Lohnes zugleich die annähernd abgerundeten Beiträge der im verfloffenen Jahre geleisteten Beiträge zur Arbeiter-Krankenkasse und auch die zur Arbeiter-Witwen- und Waisen-Pensionskasse in Saar zurückverkauften lief.

— In Grün bei Bengelsdorf ereigt das räthselhafte Verschwinden eines langjährigen, treuen Arbeiters der Firma D. F. Paul Aufsehen. Der Mann, welcher, ohne nähere Veranlassung zu haben, sich ein bescheidenes Vermögen erspart hatte, da er sehr genügsam lebte, zog am vorhergehenden Sonntag seine besten Kleider an und verließ, ohne nur ein Wort zu sagen, wohin er gehe, seine Logiswirthin. Bekannte wollen den Mann noch auf dem Wege nach Rodewitz gesehen haben, seitdem fehlt aber jede Spur.

— In Neßschau braunte am Donnerstag Abend das Wohnhaus des Klempners Wiesler nieder.

— **Hilbersdorf.** Bei öffentlichen Wahlen erschweren eigenartige Verhältnisse des hiesigen Wahlkreises die glatte Durchführung des Wahlgeschäfts. In der Hauptfrage ist der Umstand störend, daß zu einer bestimmten Stunde, der Mittagszeit, große Massen Wähler vor der Wahlurne zusammentreffen. Es bleibt nicht aus, daß übermäßiges Gedränge entsteht, zumal wenn die Auffassung der Namen der Wähler auf Schwierigkeiten stößt. Der Wahlvorstand wird hierdurch erheblich belästigt und für die Wähler entstehen Zeitverluste und die Unannehmlichkeiten, die großes Gedränge mit sich bringen. Es sollte daher jeder Wähler, welcher nicht, wie die Industriearbeiter, Zeitbeschränkungen unterworfen ist, seinen Stimmzettel nicht zu einer Zeit abgeben, wo naturgemäß der Wahlvorstand stark in Anspruch genommen ist.

Chemnitzer Stadt-Anzeiger.

Die Freunde unseres Blattes werden ersucht, uns wichtige Nachrichten gütig mitzutheilen.

Chemnitz, 17. Februar 1890.

D—. In der am vergangenen Sonnabend Abend 8 Uhr im Saale des „Dresdner Hof“ stattgefundenen Versammlung, zu welcher von Seiten der Obmänner der vereinigten Ordnungsparteien des 17., 18., 19. und 20. städtischen Wahlbezirks schriftlich eingeladen worden war, hatten sich auch zahlreiche Anhänger der socialdemokratischen Partei eingefunden. Nachdem der Vorsitzende, Herr Oscar Kleinbienst, die Versammlung eröffnet und die Erschienenen im Namen der übrigen Einberufer, der Herren G. und R. Müller und G. Rudert, herzlich begrüßt hatte, ertheilte derselbe dem auf ergangene Einladung erschienenen Reichstagscandidaten der vereinigten Ordnungsparteien, Herrn Baumeister Oscar Ande, das Wort. In ruhiger, sachlicher Rede entwickelte derselbe sein Programm, besonders hervorhebend, daß es ihm als Compromisscandidaten wohl schwer, wenn nicht unmöglich sein würde, jeder der bei seiner Candidatur betheiligten Parteien in allen Punkten gerecht zu werden, daß er aber wohl in den Hauptpunkten auf Uebereinstimmung mit seinen Mandatanten rechnen dürfe. Nicht was uns traut, sondern was uns eint, müsse gesucht und gefunden werden. Allen gemeinsam aber sei die Liebe zum Vaterlande und zur eigenen Heimath, die uns im Leben umfängt und in deren Schooß wir auch unsere letzte Ruhestätte finden. Redner versprach, mit allen Kräften an der Verbesserung der Lage der arbeitenden Classen, zu denen er sich ja auch zählen dürfe, mitzuwirken, gegen Andersdenkende aber die bisher von ihm im öffentlichen Leben betätigte größte Duldsamkeit zu üben. Vorlagen über directe und indirecte Steuern, Hölle u. dergl. werde er mit gewissenhafter Berücksichtigung der Interessen von Handel und Industrie von Fall zu Fall prüfen, auch die Colonialpolitik kräftig unterstützen und das Verhältniß zwischen Freihandel und Schutzoll nach besserer Ueberzeugung regeln lassen. Der Impfung, solle einer gründlichen Untersuchung unterzogen und, falls der Schaden der Impfung deren Nutzen überwiege, beseitigt werden. Redner versprach, auch